

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
09/2015*



Liebe FreundInnen!

Am 01. September ist der Nationalrat zu einer Sondersitzung zusammengekommen. In der Sitzung ging es darum, wie wir die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen in Österreich besser organisieren können. Gemeinsam mit der ÖVP und den Grünen haben wir auf der Sitzung hierzu einen Gesetzesantrag eingebracht, der mehrheitlich angenommen wurde. Nähere Informationen zum Gesetzesvorschlag und zur Debatte findet Ihr auf den folgenden Seiten.

Der zweite Tagungsordnungspunkt war eine Erklärung des Finanzministers mit anschließender Debatte zum Griechenland-Hilfspaket.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten !!

Christine

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L



Plenum, 01.09.2015

Flüchtlinge – Appell für Solidarität und gegen Hetze

Die dramatische **Flüchtlingssituation in Europa** stand im Zentrum einer **Sondersitzung des Nationalrats** am Dienstag. In einer **Gedenkminute** gedachte der Nationalrat der **Opfer der Flüchtlingstragödie an der A4**, bei der 71 Flüchtlinge in einem Schlepper-LKW tot aufgefunden wurden. Diskutiert wurde außerdem das geplante Verfassungsgesetz zur Unterbringung von Flüchtlingen und härtere Strafen gegen Schlepperei.

Sowohl **Bundeskanzler Werner Faymann** als auch **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder** plädierten für **Solidarität und humane Lösungen** für Flüchtlinge und **erteilten Hetze und Populismus eine klare Absage**:

"Wir werden schutzsuchende Menschen nicht mit Stacheldraht, sondern mit menschenwürdigen ordentlichen Quartieren empfangen! Wir werden zeigen, dass jedes Menschenleben etwas wert ist." **Bundeskanzler Werner Faymann**

"'Helfen statt Hetzen', das ist das richtige Motto in dieser Situation, in der Menschen unvorstellbare Gefahren auf sich nehmen, um vor Krieg, Verfolgung und Todesgefahr zu fliehen. Die Politik ist gefordert, humane Lösungen zu finden. Hass und Ängste zu schüren ist der falsche Weg!" **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder**

SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder dankte den zahlreichen HelferInnen der Flüchtlinge für ihre Solidarität und ihre Mitmenschlichkeit.

"Solidarität ist in Europa keine Einbahnstraße!"

Beide verwiesen auf die europäische Dimension der aktuellen Krise: Dazu gehören, die **Außengrenzen zu schützen und an diesen Grenzen gemeinsame Zentren für Flüchtlinge aufzubauen**, "denn wir können das nicht allein Griechenland oder Italien überlassen". Der Kampf gegen Schlepperei erfordere **legale Einreisemöglichkeiten nach Europa**. Dann müssten die geflüchteten Menschen nach **gerechten Quoten in Europa verteilt und menschenwürdig untergebracht** werden, was Österreich mit Druck und politischer Überzeugungsarbeit durchsetzen wolle. Klubobmann Schieder kritisierte Länder wie Großbritannien, Polen, Ungarn oder die Baltischen Staaten, die sich selbst ausnehmen wollen. Es sei wichtig, die Diskussion zu führen, dass es dann auch keine Solidarität in die andere Richtung – Stichwort EU-

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Gelder - geben wird. "Solidarität ist in Europa keine Einbahnstraße!", so Schieder.

Österreich zeigt Mitmenschlichkeit und Verantwortung – menschenwürdige, winterfeste Flüchtlingsquartiere schaffen

Sowohl der Kanzler als auch der SPÖ-Klubobmann **dankten den MitarbeiterInnen von Polizei und ÖBB, von NGOs wie Caritas, Volkshilfe oder Samariterbund und den vielen privaten HelferInnen** und verwiesen auf die große Solidarität der Österreicherinnen und Österreicher, die schon in der Vergangenheit – 1956, 1968 oder im Bosnien-Krieg – ihre Herzen und Türen Flüchtlingen geöffnet haben. "Nun stehen wir wieder vor großen Herausforderungen und müssen schauen, dass wir menschenwürdige und winterfeste Unterkünfte zur Verfügung stellen und dass diese gerecht in Österreich aufgeteilt werden", so Schieder.

Das **Schaffen ausreichender Unterkünfte** ist auch **Ziel des Verfassungsgesetzes**, das heute in der Sondersitzung eingebracht und in der Parlamentssitzung am 23. September beschlossen werden soll. Es bringt eine Art "**Durchgriffsrecht**" des **Bundes für die Schaffung von Quartieren für Flüchtlinge**. Außerdem werden die **Strafbestimmungen gegen Schlepperei verschärft**.

Verfassungsgesetz zur Unterbringung und Aufteilung Schutzbedürftiger:

- Erfüllt ein Bundesland die vereinbarte Quote für die Unterbringung von Flüchtlingen nicht, kann der Bund selbst in eigenen Gebäuden oder auf eigenen Grundstücken Unterkünfte schaffen. Erstes Ziel ist weiterhin, dass die Länder und Gemeinden selbst für die Unterbringung sorgen und die Quote erfüllen. Sollten Länder und Gemeinden hier säumig bleiben, gibt es künftig ein "Durchgriffsrecht" des Bundes.
- Dieses soll dort greifen, wo der betroffene Bezirk bzw. die Gemeinde den Richtwert von 1,5 Prozent der Wohnbevölkerung nicht erfüllt. Vorrangig sollen Unterkünfte in Gemeinden über 2.000 Einwohner geschaffen werden.
- Künftig sollen außerdem nicht-winterfeste Unterkünfte wie Zelte nicht in die Quote eingerechnet werden können.
- Weiters werden Standards für die Unterbringung – angemessener Wohnraum, ein Schlafplatz, ausreichend Sanitäreinrichtungen – definiert. Auf einem Grundstück sollen nicht mehr als 450 Personen untergebracht werden.
- Außerdem wird der Tagsatz für die Betreuung der Schutzbedürftigen von 19 auf 21 Euro erhöht, wobei die Kosten wie bisher zu 60 Prozent vom Bund und

zu 40 Prozent von den Ländern getragen werden. In Kraft treten soll das Gesetz mit 1. Oktober.

Verschärft werden die Bestimmungen gegen Schlepperei: Die Höchststrafe von fünf Jahren und damit die Verhängung von U-Haft ist künftig schon bei drei geschleppten Personen (bisher zehn) möglich.

Europa braucht eine gemeinsame Flüchtlingspolitik

Mit Mehrheit wurde außerdem ein Antrag beschlossen, der eine **gemeinsame humanitäre Flüchtlingspolitik der EU** sowie eine verpflichtende Quoten-Verteilung der Flüchtlinge fordert. Zudem soll sich die Regierung auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass das von Österreich initiierte "Save Lives"-Projekt vorangetrieben wird, um **sichere Einreisemöglichkeiten** zu schaffen. Mit einer "aktiven Außenpolitik" sollen Flüchtlingsströme bereits in der Region, in der sie entstehen, bewältigt werden können, insbesondere durch die **Schaffung von Schutzzonen** in den Krisenregionen. Schließlich wird noch das Ziel verfolgt, das Schlepperwesen "umfassend zu bekämpfen".

ESM: Nationalrat für Griechenland-Hilfe

Eine Erklärung des Finanzministers zum **Griechenland-Hilfspaket** war der zweite Tagesordnungspunkt der Sondersitzung. Ziel des Hilfspakets sei, den Zusammenbruch der griechischen Wirtschaft und eine humanitäre Krise zu verhindern, betonte SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer. Bisherige Hilfspakete beurteilt er gespalten: Griechenland haben zwar sein Defizit reduziert, aber es wurde zu wenig investiert, dafür brauche es zusätzliches Geld aus den normalen EU-Budgets. Ein Ausstieg Griechenlands aus dem Euro würde die Probleme jedenfalls nicht lösen – im Gegenteil. Auch für die EU würde ein "Grexit" teuer kommen; allein durch die humanitäre Hilfe, die dann notwendig wäre, erklärte der SPÖ-Finanzsprecher.

REDE zum Hilfspaket:

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Herr Finanzminister! Frau Staatssekretärin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Rossmann, dennoch haben die Grünen in Deutschland diesem Memorandum of Understanding zugestimmt. Das ist dann schon sehr interessant, wie weit Ihre Meinungen auseinandergehen.

Ich bin bei Ihnen: Man kann wohl kaum sagen, dass alles, was bis jetzt im Rahmen der Griechenlandverhandlungen passiert ist, reibungslos und glatt gelaufen ist. Und man kann auch wahrlich nicht behaupten, dass die bisherigen Rettungsprogramme diesen Erfolg gebracht haben, den wir uns so sehr gewünscht hätten. (*Abg. Rossmann: Wir hätten auch Hartz IV nicht beschlossen, Frau Kollegin!*)

Man fragt sich natürlich auch, woran das gelegen ist. Man kommt klar zu dem Schluss – da bin ich auch bei Ihnen –, dass es nur bedingt an den handelnden Personen in Griechenland lag, sondern vor allem an der falschen Politik der Troika. Man darf nicht vergessen, dass griechische Regierungen die letzten fünf Jahre keineswegs in alleiniger Verantwortung regiert haben. Für die Politik in Griechenland war maßgeblich eben auch diese Troika verantwortlich und somit auch für die Maßnahmen, die in Griechenland nicht funktioniert haben.

Aus diesen Fehlern müssen wir lernen und der Troika beziehungsweise den Institutionen – wie sie jetzt genannt werden – in Zukunft viel genauer auf die Finger schauen. Die europäischen Sozialdemokraten werden das auch tun. Das Europäische Parlament hat bereits Vorschläge dafür erarbeitet, die demokratische Kontrolle der Troika auszubauen und die Arbeit transparenter zu machen. Kontrolle und Mitsprache sind wichtige Punkte. Kontrolle und Mitsprache geben sowohl den GriechInnen wie den ÖsterreicherInnen die Sicherheit, dass die Hilfgelder sinnvoll eingesetzt werden.

Es ist also wichtig, die Zusammenarbeit neu zu definieren. Was wir brauchen ist eine Zusammenarbeit, die eine echte Unterstützung darstellt. Wir erwarten von den EU-Institutionen, dass sie vor Ort Schwachstellen erkennen und mit Expertise aushelfen sowie an konkreten Lösungen arbeiten. So sollen zum Beispiel ExpertInnen aus ganz Europa beim Aufbau effektiver Steuerbehörden im Bereich des Justizwesens aber auch beim Aufbau eines funktionierenden Sozialsystems und eines Gesundheitswesens helfen.

Was wir deutlich gesehen haben, ist, dass die reine Konzentration auf Einsparungen zu keinem Ergebnis führt. Das ist mittlerweile bekannt. Man kann sich nicht aus einer Krise herausparen, man kann nur aus einer Krise herauswachsen. Dabei muss man aber stets die soziale Lage und die Beschäftigung im Zentrum der Überlegungen haben, denn sonst gibt es kein Herauswachsen. (*Zwischenruf des Abg. Rossmann.*)

Zu diesem Schluss kommt auch das Europaparlament bei seiner Analyse der Troika-Politik. Da heißt es: „Die Wirtschaftspolitik muss der Beschäftigung dienen.“ Und es heißt weiter, dass die EU in langfristiges, umweltfreundliches und nachhaltiges Wachstum investieren muss. Der Berichterstatter war übrigens Othmar Karas, ÖVP-EU-Abgeordneter.

Eine der Säulen der Reformagenda – das haben wir heute schon gehört – betrifft Wachstum, Wettbewerb und Investitionsmaßnahmen. Gleichzeitig müssen aber auch in Griechenland selbst Anstrengungen unternommen werden, damit die Maßnahmen der Reformagenda greifen können.

Wie wir aber zu einem Wachstumspfad zurückkehren und sichere Arbeitsplätze schaffen, ist nicht nur eine Frage, die wir in Griechenland klären müssen, das ist ja die große Frage in ganz Europa. Wir sehen, dass es noch einen langen Weg gibt, um die konservativen Kräfte in der EU davon zu überzeugen, dass diese einseitige

Sparpolitik nicht zum Erfolg führt. Aber es gibt Bewegungen. Es gibt Bewegungen im Europäischen Rat. Bundeskanzler Faymann hat gemeinsam mit Frankreich und Italien schon wichtige Impulse in diese Richtung gesetzt.

Neben Wachstumsimpulsen braucht Griechenland aber auch einen funktionierenden Staat, der nicht von Korruption geprägt ist. Mit SYRIZA war erstmals eine Partei an der Regierung, die nicht aus den alten Machtspielen entstanden ist. Der ehemalige Premier Tsipras hat der Oligarchie, dem Nepotismus, der Schwarzarbeit und dem Steuerbetrug den Kampf angesagt. Es soll endlich ein Grundbuch eingeführt werden. Ein Aktionsplan gegen Schwarzarbeit ist angekündigt, und ein Antikorruptionsplan soll das Vertrauen in die Politik wiederherstellen.

Das alles ist entscheidend für die Menschen in Griechenland aber auch für den Rest Europas, denn nur ein funktionierender Staat, ein Staatsapparat, in den man Vertrauen hat, kann letztendlich auch für Investitionen interessant sein. – Vielen Dank.
(Beifall bei der SPÖ.)

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at